

Bundesgesetz über Schuldbetreibung und Konkurs (SchKG)

Änderung vom 18. Juni 2010

Die Bundesversammlung der Schweizerischen Eidgenossenschaft,
nach Einsicht in den Bericht vom 26. Juni 2009¹ der Kommission für Rechtsfragen
des Nationalrates
und in die Stellungnahme des Bundesrates vom 11. November 2009²,
beschliesst:

I

Das Bundesgesetz vom 11. April 1889³ über Schuldbetreibung und Konkurs wird
wie folgt geändert:

Art. 219 Abs. 4 Erste Klasse Bst. a, abis und ater

⁴ Die nicht pfandgesicherten Forderungen sowie der ungedeckte Betrag der pfandgesicherten Forderungen werden in folgender Rangordnung aus dem Erlös der ganzen übrigen Konkursmasse gedeckt:

Erste Klasse

- a. Die Forderungen von Arbeitnehmern aus dem Arbeitsverhältnis, die nicht früher als sechs Monate vor der Konkurseröffnung entstanden oder fällig geworden sind, höchstens jedoch bis zum Betrag des gemäss obligatorischer Unfallversicherung maximal versicherten Jahresverdienstes.
- abis. Die Rückforderungen von Arbeitnehmern betreffend Kauti-
onen.
- ater. Die Forderungen von Arbeitnehmern aus Sozialplänen, die nicht früher als sechs Monate vor der Konkurseröffnung entstanden oder fällig geworden sind.

1 BBl 2009 7979
2 BBl 2009 7989
3 SR 281.1

II

Übergangsbestimmung der Änderung vom 18. Juni 2010

Die Privilegien des bisherigen Rechts gelten weiter, wenn vor dem Inkrafttreten dieser Änderung der Konkurs eröffnet, die Pfändung vollzogen oder die Nachlassstundung bewilligt worden ist.

III

¹ Dieses Gesetz untersteht dem fakultativen Referendum.

² Es tritt am ersten Tag des zweiten Monats nach dem unbenutzten Ablauf der Referendumsfrist oder am ersten Tag des vierten Monats nach seiner Annahme in der Volksabstimmung in Kraft.

Nationalrat, 18. Juni 2010

Ständerat, 18. Juni 2010

Die Präsidentin: Pascale Bruderer Wyss
Der Sekretär: Pierre-Hervé Freléchoz

Die Präsidentin: Erika Forster-Vannini
Der Sekretär: Philippe Schwab

Ablauf der Referendumsfrist und Inkrafttreten

¹ Die Referendumsfrist für dieses Gesetz ist am 7. Oktober 2010 unbenützt abgelaufen.⁴

² Es tritt nach seiner Ziffer III Absatz 2 am 1. Dezember 2010 in Kraft.

2. November 2010

Bundeskanzlei

⁴ BBl 2010 4257